



Newsletter 04/22, 29. April 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

bestimmendes Thema war auch im April der Russland-Ukraine-Krieg und der Umgang der Bundesregierung mit der dringend notwendigen Unterstützung der Ukraine. Wir als CDU/CSU-Fraktion haben Druck auf die Regierung aufgebaut, damit in der Ampel-Koalition endlich gehandelt wird und die entscheidenden Waffen geliefert werden. Nach langem Zögern hat sich die Koalition entschlossen, tätig zu werden. Dass der Antrag "Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine" nun auf eine breite demokratische Mitte des Deutschen Bundestags unter Beteiligung der

SPD, Grünen und FDP gestellt wurde, ist ein starkes Signal der Verantwortung für die Ukraine und der Geschlossenheit gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine in ihrem Freiheitskampf! Sie können den Antrag [hier](#) nachlesen.

Die Unterstützung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine auch mit schweren Waffen ist ebenso wie die Suche nach einer diplomatischen Lösung bedeutend für den Schutz von Frieden und Freiheit in Europa. Es ist richtig und wichtig, dass Deutschland gemeinsam mit den anderen Staaten in der Europäischen Union und der Nato vorangeht und nicht hinter seinen Bündnispartnern zurückbleibt.

Eng mit dem Konflikt in der Ukraine ist auch die Frage nach der Energieversorgung und den steigenden Energiepreisen verknüpft. Die Bundesregierung hat versichert, dass bis einschließlich Herbst die Versorgung ohne Importe aus Russland bereits gewährleistet sei. Doch was passiert danach? Es muss jetzt ein umfassendes Vorsorgekonzept für den kommenden Winter erarbeitet werden. Dieses muss zeigen, wie wir ohne russische Energie gut durch den Winter kommen. Dazu müssen folgende Fragen beantwortet werden: Welche realistischen Alternativen zu Gas, Kohle und Öl aus Russland haben wir? Welche Maßnahmen zur Einsparung sind möglich und vertretbar? Machen wir eine Laufzeitverlängerung der drei verbliebenen Kernkraftwerke über das Jahresende hinaus möglich, um bei einem Verzicht auf russische Kohle einen großen Teil der Bevölkerung sicher mit Strom versorgen zu können? Die Antworten auf diese Fragen müssen jetzt gefunden werden, denn im Herbst ist es zu spät. Auf jeden Fall müssen mit Hochdruck zusätzliche Lieferungen aus anderen Ländern als Russland organisiert werden - in enger Abstimmung mit den Energieunternehmen und mit den europäischen Partnern. Die Flüssiggas-Infrastruktur muss mit Turbo-Verfahren ausgebaut werden. Und es muss sichergestellt werden, dass verfügbare Kapazitäten auch tatsächlich genutzt werden.

Ihre





Meine 4. Rede im Bundestag

In meiner 4. Rede im Bundestag ging es um den Entwurf der Ampel-Koalition für ein Pflegebonusgesetz.

Die wichtigsten Punkte:

- Die Beschäftigten in der Pflege haben sich einen Bonus redlich verdient! Aber auch die Beschäftigten im Rettungswesen sowie medizinische- und zahnmedizinische Fachangestellte haben sich diesen verdient. Dies sieht der Entwurf der Ampel-Koalition jedoch nicht vor, wesentliche Berufsgruppen wurden schlicht vergessen!
 - Es braucht mehr als einen staatlichen Pflege-Bonus! Es braucht grundsätzlich wieder mehr Anerkennung und Attraktivität des Pflegeberufes, damit sich mehr Menschen für den Pflegeberuf entscheiden, damit in der Pflege Tätige auch in ihrem Beruf verbleiben!
 - Wir brauchen ein in die Zukunft gerichtetes Sofort-Programm für mehr Pflegekräfte! Dieses sollte unter anderem Folgendes beinhalten: Sofortige Anerkennung von qualifizierten Berufsabschlüssen im Pflegebereich aus dem Ausland. Es kann nicht sein, dass eine Fachkraft aus Finnland mit einer dreijährigen Ausbildung in Deutschland keine Anerkennung bekommt, aber in der Schweiz sofort als Pflegefachkraft arbeiten kann.
 - Quereinsteiger-Fachkräfte, z.B. medizinische Fachangestellte, die über zertifizierte medizinische Qualifikationen und Berufserfahrung verfügen, müssen dies auch bei einem Umstieg in die Pflege dürfen.
 - Es braucht die wirkliche berufsständige Anerkennung der Pflegeberufe, damit diese selbstbestimmt und in eigener beruflicher Verantwortung Pflege gestalten und durchführen können.
 - Die Überbürokratisierung der Pflege muss reduziert und die Freigabe von Ressourcen ermöglicht werden, damit Pflegepersonen das tun können, was sie gelernt haben, nämlich pflegen!
-



Plenarwochen 04. bis 08. und 25. bis 29. April 2022

Die zwei Plenarwochen im April waren mal wieder gespickt mit vielen wichtigen Themen. Entlarvend war zum einen die Debatte um eine allgemeine Impfpflicht, bei der Minister Lauterbach mit der von ihm geplanten Einführung einer Impfpflicht gescheitert ist. Dabei wurde von der Koalition mit allen Mitteln gekämpft: In letzter Sekunde wurden zwei Gruppenanträge der Ampelkoalition halbherzig zusammengeführt, um eine Mehrheit zu erreichen. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben den Antrag "Impfvorsorgegesetz - Ein guter Schutz für unser Land" zur Abstimmung gestellt. Mit diesem Antrag hat unsere Fraktion ein wichtiges Signal gesetzt, denn es ist uns gelungen, eine fraktionseinheitliche Linie für dieses auch in unseren Reihen zurecht überaus kontrovers diskutierte Thema zu finden. Anders als die Koalitionsfraktionen haben wir uns nicht in Gruppenanträge geflüchtet, sondern einen gemeinsamen Vorschlag erarbeitet. In einer so wichtigen Frage hätte man von der Bundesregierung einen gut ausgearbeiteten Gesetzesentwurf erwarten können. Leider fehlt aktuell in wichtigen Fragen unserer Zeit schlichtweg die Führung der Regierung.

Ich habe aus Überzeugung für den Antrag der CDU/CSU-Fraktion gestimmt, denn dieser umfasste die notwendigen Instrumente, um der Pandemie im Herbst schnell und flexibel begegnen zu können:

Unser Antrag sah eine gestufte Impfpflicht erst dann vor, wenn die Sach- und Faktenlage dies erfordert. Zumal keiner sagen kann, mit welcher möglichen Virus-Variante wir im Herbst/Winter rechnen müssen und ein geeigneter Impfstoff schlicht noch nicht entwickelt wurde. Eine Impfpflicht ist zum aktuellen Zeitpunkt daher nicht verhältnismäßig. Ebenso sah unser Vorschlag ein Impfregister vor. Eine gute Datengrundlage ermöglicht die richtigen Reaktionen zum richtigen Zeitpunkt und damit sowohl den Schutz unseres Gesundheitssystems als auch unserer Freiheitsrechte. Darüber hinaus beinhaltete er eine Verbesserung der Impfkampagne und der Impf-Infrastruktur vor Ort. Mit unserem Kompromissvorschlag hätte auch die polarisierte gesellschaftliche Debatte befriedet werden können.

Ein weiterer Antrag der CDU/CSU-Fraktion beschäftigte sich mit dem "Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte". Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die erheblichen Verwerfungen durch den Russland-Ukraine-Krieg stellen die Unternehmen vor besondere Herausforderungen, daher müssen Entlastungen unbedingt erfolgen. Wir

fordern Maßnahmen, die neue Impulse für eine Erholung und einen anhaltenden Aufschwung der Wirtschaft setzen:

- bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte,
 - spürbaren Bürokratieabbau,
 - Planungsbeschleunigung,
 - Entlastungen von Steuern und Abgaben,
 - flexible arbeitsrechtliche Regelungen sowie flexible Arbeitszeitmodelle,
 - leistungsfähige Infrastruktur.
-

Neues aus dem Wahlkreis



Gerald Knaus, Migrationsforscher, Experte für Flucht, Migration, Menschenrechte sowie Regierungsberater zu diesen Themen



Diana Stöcker, Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Lorrach-Mülheim



Elena Lukinykh, Projektkoordinatorin im DRK-Generalsekretariat und Vertreterin des DRK im Steuerungskomitee der Global Migration Task Force

DialogWERKSTATT: Flucht und Migration als Folgen des Russland-Ukraine-Kriegs

Kurz vor Ostern fand die dritte Folge der DialogWERKSTATT seit meiner Wahl zur Bundestagsabgeordneten statt. Bereits im Wahlkampf war dieses Veranstaltungsformat auf regen Zuspruch gestoßen. Dieses Mal hatte ich folgende prominente Gäste dabei: Gerald Knaus, Migrationsforscher und international anerkannter Experte für Flucht, Migration und Menschenrechte sowie Regierungsberater, und Elena Lukinykh, Projektkoordinatorin im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuz (DRK) und Vertreterin des DRK im Steuerungskomitee der Global Migration Task Force.

Der Angriffskrieg Russlands hat in der Ukraine die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Nach sieben Wochen Krieg sind ca. 4 Millionen Menschen in die Europäische Union (EU) geflohen, darunter 300.000 nach Polen, 270.000 in die Tschechische Republik, nach Österreich, Deutschland usw. „Lediglich 42% der Befragten wollen grundsätzlich am jetzigen Ort bleiben. 32% rechnen damit, bald in die Ukraine zurückkehren zu können, 19% haben noch keinerlei Pläne“, erklärte Elena Lukinykh die Situation der Geflüchteten in Deutschland. „Russlands Präsident Putin hofft, dass die zunehmende Zahl an Flüchtlingen in der EU Druck auslösen wird – es darf ihm nicht gelingen, mit dieser Angst Europa zu spalten“, so Gerald Knaus. Der

Migrationsforscher mahnt, dass Europa den Konsens zur Aufnahme von Flüchtlingen erhalten und die Einreise von Geflüchteten gut organisieren muss.

„In Deutschland sind zwei Drittel der Geflüchteten privat untergekommen. Das bedeutet jedoch, dass keine Kontrolle und kein Monitoring der Situation möglich ist, was sehr wichtig wäre“, unterstrich Elena Lukinykh. Darüber hinaus erhöhe eine mangelhafte Organisation die Gefahren für die Geflüchteten, zum Beispiel im Menschenhandel, so Lukinykh. Falls irgendwann auch männliche Flüchtlinge ausreisen dürfen, wäre laut Gerald Knaus ein Flüchtlingsaufkommen von bis zu 10 Millionen Menschen möglich. „Keiner der Menschen, die jetzt zu uns kommen, wollte zu uns kommen. Sie wollen so schnell wie möglich wieder zurück. Damit dies gelingt, ist es immens wichtig, dass die Ukraine ihr Territorium erfolgreich verteidigen kann. Die Ukraine muss den Krieg gewinnen“, so Knaus.

„Im Jahr 1940 entschied sich in den USA das einflussreiche „America First Committee“, die größte isolationistische Organisation in den USA, gegen eine Unterstützung von Großbritannien im Krieg gegen Adolf Hitler. Es ist heute eine ähnlich gefährliche Strategie, die Ukraine nicht zu unterstützen“, appellierte Knaus an die Teilnehmenden. Denn es sei nur eine Frage der Zeit bis andere Länder von Putin angegriffen werden: im Kaukasus, das Baltikum, Moldau. Die Ukrainer kämpfen also letztlich auch für uns.

Auch kurz- und mittelfristige politische Perspektiven für die Ukraine wurden in der DialogWERKSTATT thematisiert. Gerald Knaus plädierte für die Aufnahme der Ukraine in den EU-Binnenmarkt, was die Bereitschaft zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Ukraine unterstützen und zu Investitionen in die Ukraine führen könnte. Mittelfristig befürwortet Knaus die Aufnahme der Ukraine in die EU. In diesem Kontext machte er den Vorschlag, auf EU-Ebene einen Sonderfonds für die Ukraine einzurichten, der direkt jenen Kommunen helfen soll, in denen Ukrainerinnen und Ukrainer registriert sind. Auf diesem Weg wäre es den Regierungen möglich, ihre Ausgaben in der Entwicklungszusammenarbeit nicht zugunsten der Hilfen für die Ukraine kürzen zu müssen. Diesen Vorschlag werde ich innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einbringen.



Besuch im Dietrich-Bonhoeffer-Haus

Mit Bürgermeister Volker Kieber (Bad Krozingen) habe ich das von der Evangelischen Stadtmission Freiburg geführte Dietrich-Bonhoeffer-Haus besucht. Katja Potzies und Christine Kleß, Vorstände der Evangelischen Stadtmission Freiburg, haben uns direkte Einblicke in die tägliche Arbeit vor Ort ermöglicht.

Schnell wurde klar, dass derzeit die Auswirkungen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht für Pflegeeinrichtungen besonders belastend sind. Ich habe meine kritische Haltung in dieser Frage bekräftigt. Die Bundesregierung muss jetzt im Sinne der betroffenen Einrichtungen die richtigen Entscheidungen treffen. Da die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gescheitert ist, ist mit Blick auf die zum 1. Oktober 2022 gesetzlich vorgeschriebene Booster-Pflicht in der Pflege klar: Diese muss wieder abgeschafft werden!

Neben der Impfpflicht haben wir noch andere Themen besprochen, wie z. B. die dringend notwendige Umstellung der Ausbildung in der Pflege. Katja Potzies hat deutlich gemacht, dass verschiedene Profile in der Pflegeausbildung geschaffen werden müssen, um den unterschiedlichen Anforderungen an die Auszubildenden und den Voraussetzungen des späteren Berufs gerecht zu werden.

Auch bei diesem Termin wurde wieder deutlich: Ein Dauerthema nicht nur für den Pflegebereich ist weiterhin der Fachkräftemangel. Ich setze mich dafür ein, dass eine schnelle und unkomplizierte Berufsankennung ausländischer Pflegekräfte möglich und die Fachkräfteeinwanderung erleichtert wird.

Der Termin wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden der MIT Südbaden, Norbert Bekermann, organisiert. Vielen Dank dafür!



Treffen mit den Vorständen des Kreisobst- und Gartenbauverbandes Lörrach e.V.

Mit den Vorständen des Kreisobst- und Gartenbauverbandes Lörrach e.V. habe ich mich zur Situation der lokalen Erzeuger ausgetauscht. Unter anderem die Preisbildung im Kontext der Erzeugerkosten sowie immer stärkere Regulierungen bereiten den landwirtschaftlichen Betrieben große Probleme. Besonders wichtig ist, dass wir die Ernährungssicherung mit fairen Preisen und die Einkommenssicherung unserer Landwirte wieder ins Zentrum der Landwirtschaftspolitik rücken:

- Hochwertige Lebensmittel aus Deutschland müssen besser vermarktet werden. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und führt zu mehr Nachhaltigkeit, z.B. durch kürzere Transportwege.
- Wir müssen das Bewusstsein für Regionalität in der Bevölkerung nachhaltig verankern. Die CDU/CSU-Fraktion hat die Bundesregierung daher aufgefordert, die Voraussetzungen für die Errichtung einer nationalen Agrar-Marketingagentur zu schaffen.
- Die Debatte um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft muss sachlicher geführt werden. Unsere Zulassungsverfahren sind bereits heute streng, eine Zulassung erfolgt nur bei Unbedenklichkeit. Innovative Pflanzenschutzmittel sind eine Basis für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und die Sicherung der Welternährung, gerade auch vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Kriegs und dem zu erwartenden Ernteausfall.
- Wir müssen bei uns in Europa wieder mehr Nahrungsmittel produzieren und dürfen die regionalen Erzeuger nicht noch weiter einschränken. Deshalb ist auch die im Rahmen der

Gemeinsamen Agrarpolitik der EU geplante Flächenstilllegung von vier Prozent der wertvollen Ackerfläche ein großer Fehler!

Augenblicke



... mit Frank Rischmüller als Kommentatorin beim Bundesligaspiel SC Freiburg gegen Gladbach im Freiburger Europapark Stadion... zum Empfang in der Schweizer Botschaft anlässlich des 70jährigen Bestehens Baden-Württembergs mit Botschafter Dr. Paul R. Seger ... Happy Birthday Baden-Württemberg! ...



... zu Besuch beim Orthopädiebetrieb von Monika Seifert-Maciejczyk...mit Betriebswirt des Handwerks, Christian Nolte, in seinem Betrieb Holzbau Kuri ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Sonntag, 01. Mai

10:00 Uhr "1. Mai Hock" - gesellige Zusammenkunft des CDU-Kreisverbands
Lörrach auf dem Bühlerhof

Montag, 02. Mai

18:00 Uhr Seniorenunion Grenzach-Wyhlen

Dienstag, 03. Mai

Besuch der GEVITA Lörrach

Mittwoch, 04. Mai

Gespräch mit Klinikenleitung des Landkreises Lörrach

Freitag, 06. Mai

Empfang der Stipendiatin Parlamentarisches-Patenschafts-Programm

19:00 Uhr Bürgerempfang Bad Bellingen

09. - 13. Mai und 16. - 20. Mai

Plenarwochen Bundestag Berlin

15. - 18. Mai

Berlinfahrt für meinen Wahlkreis Lörrach-Müllheim

Samstag, 21. Mai

Frauenunion Landesdelegiertenversammlung

30. Mai - 03. Juni

Plenarwoche Bundestag Berlin



weiterleiten

Diana Stöcker MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de